

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

27. April 1951

Blatt 653

Beflaggung am 1. Mai

=====

27. April (Rath.Korr.) Auf Anordnung des Bürgermeisters sind am 1. Mai ab 7 Uhr früh bis 2. Mai 7 Uhr früh alle städtischen Objekte zu beflaggen.

Hans Preyer - Bürger der Stadt Wien

=====

Ehrenmedaille der Stadt Wien für Prof.Dr. Otto König

27. April (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat faßte heute den Beschluß, dem ehemaligen Bezirksvorsteher des 8. Bezirkes Hans Preyer, der sich auf sozialem Gebiet besondere Verdienste erworben hat, zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen und dem bekannten Wiener Volksbildner Prof.Dr. Otto König anlässlich seines 70. Geburtstages die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Hans Preyer wurde am 19. Oktober 1872 in Bockfließ geboren und besuchte bis zu seinem 14. Lebensjahr die Schule in Pillichsdorf. 1885 kam er nach Wien, um das Gastgewerbe als Kellnerlehrling zu erlernen und wurde 1887 als Gastgewerbegehilfe freigesprochen. Von nun ab arbeitete er als Servier- und später als Zahlkellner in verschiedenen Gaststätten und Hotels. Er wurde in die Vertretung seines Berufsstandes berufen und 1896 zum Obmann der genossenschaftlichen Krankenkassen der Gastgewerbegehilfen und im nächsten Jahr zum Gehilfenobmann der Gastgewerbegehilfen gewählt. Diese Funktion wurde von ihm bis April 1919 bekleidet. Im November 1897 wurde von Hans Preyer zwecks Wahrung und Vertretung der Interessen der Hotel- und Gastgewerbegehilfen der Bund "Österreichische Hotel- und Gastgewerbeangestellte" gegründet,

zu dessen Obmann er gewählt wurde. Auch die redaktionelle Leitung des damaligen Fachblattes "Gastgewerbliches Zentralorgan" wurde ihm übertragen. Im April 1904 wurde Preyer vom Bezirk Leopoldstadt in den Gemeinderat gewählt. Dieses Mandat hatte er bis Mai 1912 inne. Vom April 1914 bis November 1918 war er Mitglied der Bezirksvertretung des Bezirkes Josefstadt. Nach Beendigung des ersten Weltkrieges wurde er in den provisorischen Wiener Gemeinderat berufen und bei der Wahl im Jahre 1919 vom Bezirk Josefstadt in den Gemeinderat entsandt. Dieses Mandat hatte er bis 1932 inne. Während der Tätigkeit Preyer's im Wiener Gemeinderat gehörte er auch dem Ausschuß zur Errichtung der 2. Wiener Hochquellenwasserleitung und ebenso dem Ausschuß zur Errichtung und Erwerbung des Jubiläumsspitals in Lainz an. 1927 erfolgte die Gründung der Wiener Vereinskrankenkasse, zu deren Mitbegründern Hans Preyer zählt. Bei der Konstituierung im Jahre 1927 wurde er zum Obmann der Kassa berufen, welche Stelle er bis Ende 1937 bekleidete. Im Mai 1946 wurde Hans Preyer als Bezirksvorsteher für den 8. Bezirk eingesetzt und verblieb in dieser Funktion bis Ende 1950.

Otto König wurde 1881 in Wien geboren. Nach Vollendung seiner Universitätsstudien wandte er sich zunächst der sozialistischen Arbeiterbildung im Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein zu, wo er seit 1905 Literaturgeschichte und alte Weltgeschichte, später auch Rhetorik und Stillehre bis zur Auflösung des Vereines im Jahre 1936 in Jahreskursen unterrichtete. Organisatorisch arbeitete er schon seit 1903 in der Volkshochschulbewegung mit. Neben dieser volksbildnerischen Tätigkeit war er auch journalistisch erfolgreich; er schrieb Feuilletons und populärwissenschaftliche Aufsätze für die Arbeiter Zeitung. Außerdem wurde er an die Wiener Volkshochschule "Volkshaus" als Dozent für Germanistik und lateinische Sprache berufen. Während des ersten Weltkrieges war er eingezogen und wurde nach dessen Beendigung Feuilletonredakteur bei der Arbeiter Zeitung, Mitglied der pädagogischen Kommission der sozialdemokratischen Partei sowie Lehrer der sozialdemokratischen Parteischule für Rhetorik und Stillehre. Im Auftrage des Heeresministeriums unterrichtete er ferner seit 1919 an den Pflichtschulen des damaligen Söldnerheeres. Außer diesen neuen Aufgaben nahm er auch wieder seine Tätigkeit an der Wiener Volkshochschule auf. Im Jahre 1924 erschien von ihm im

Rikola-Verlag eine Miniaturensammlung "Gesichte der Vergangenheit", die eine gute Kritik fand. Zudem entfaltete er in zahlreichen sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften eine weitverbreitete schriftstellerische Tätigkeit auf novellistischem, populärwissenschaftlichem und volksbildnerischem Gebiet. In der Zeit von 1934 bis 1945 zog sich König von jeder Tätigkeit zurück. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde er jedoch sofort wieder für eine Reihe wichtiger Funktionen im Rahmen des Volksbildungswesen herangezogen und neuerlich als Ressortchef für Kunst und Kultur an die Arbeiter Zeitung berufen. Er wurde Mitglied des Leitungsausschusses der sozialistischen Bildungszentrale, Lektor der Verlagsabteilung im Bundesministerium für Unterricht und Angehöriger der Leitung der Jugendschriftenprüfungskommission, ferner wurde er in den Vorstand des P.E.N.-Clubs berufen, zum Vizepräsidenten des Verbandes demokratischer Schriftsteller, zum Geschäftsführenden Präsidenten dessen Ehrenrates, zum Mitglied der paritätischen Untersuchungskommission der Journalistengewerkschaft und zum Vizepräsidenten der Volkshochschule Ottakring gewählt. Außerdem betätigte er sich in zahlreichen literarischen Preisrichterkollegien größerer Körperschaften. Er leitet wieder den Rhetorikunterricht der sozialistischen Parteischule und lehrt Literaturgeschichte und Latein an der Volkshochschule Ottakring. Ein neuer Band historischer Miniaturen erschien im Jahre 1945 unter dem Titel "Mächte und Menschen" im Verlag Gerlach und Widling, dem im Frühjahr 1948 ein Heimatbuch über die Wachau folgte.

In Würdigung seiner hervorragenden Tätigkeit, vor allem auf dem Gebiete der Volksbildung, wurde er im Jahre 1945 mit der Verleihung des Professortitels, 1947 mit dem Preis der Stadt Wien für Volksbildung ausgezeichnet.

Das Volksbildungswesen in Wien verdankt Prof. König außerordentlich viel. Vermöge seiner praktischen und organisatorischen Fähigkeiten hat er der Volkshochschulbewegung in Wien von Anbeginn immer neue Impulse gegeben und sie schließlich zu einem sehr beachtenswerten Faktor in der geistigen Erziehung breiter Schichten der Bevölkerung gestaltet.

Wiener Gemeinderat

=====

27. April (Rath.Korr.) In der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates, die Vorsitzender GR. Marek um 11.20 Uhr eröffnete, stand zunächst der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1949 zur Debatte.

Wie Berichterstatter Stadtrat Resch ausführte, schließt der Rechnungsabschluß 1949 mit einem Gebarungüberschuß von 129,5 Millionen ab, während im Voranschlag ein Abgang von 103 Millionen vorgesehen war. Gegenüber dem Voranschlag haben daher die Erfolgswerte eine Verbesserung um 232,5 Millionen gebracht.

Die Ziffern des Rechnungsabschlusses ergeben folgendes Bild:

	Voranschlag	tatsüchl. Gebarung	Steigerung
Einnahmen	1151 Mill.	1586,8 Mill.	435,8 Mill.
Ausgaben	1254 Mill.	1457,3 Mill.	203,3 Mill.
	- 103 Mill.	+ 129,5 Mill.	+ 232,5 Mill.

Die Ursache des günstigen Rechnungsabschlusses liegt vor allem in einer starken Erhöhung der Einnahmen, der eine verhältnismäßig nur geringe Erhöhung der Ausgaben gegenübersteht. Die um 40 Prozent erhöhten Einnahmen ergeben sich vor allem aus der Erhöhung der Produktion. Die eigenen Abgaben der Gemeinde sind von 287 Millionen im Voranschlag um 226,5 Millionen auf 513,5 Millionen gestiegen. Demgegenüber betragen die Mehreinnahmen aus den Ertragsanteilen der Bundessteuern nach Abzug des Notopfers nur 100 Millionen (499 statt 399 Mill.).

Von den eigenen Abgaben ist die Gewerbesteuer, die mit 66 Millionen veranschlagt war, auf 237 Millionen Schilling angestiegen. Stadtrat Resch bezeichnet als Ursachen für diese exorbitante Steigerung einerseits einen falschen und zu geringen Ansatz im Voranschlag, andererseits die volle Auswirkung der Erhöhung des Hebesatzes und vor allem die Erhöhung des Gewerbeertrages.

Bei den Ausgaben wurde der veranschlagte Ansatz für den Personalaufwand (421 Millionen) mit einer tatsächlichen Ausgabe von 467 Millionen nur um 46 Millionen oder 11 Prozent überschritten. Diese relativ geringe Steigerung des Personalaufwandes ist vor allem auf eine Verminderung des Aktivstandes des Personals um 537 Angestellte im Jahre 1949 zurückzuführen; allerdings ist

in der gleichen Zeit der Pensionistenstand um 719 gestiegen. Bei den Wohlfahrtsanstalten stand einer Ausgabensteigerung von 42 Millionen eine Einnahmensteigerung von nur 10 Millionen gegenüber, der veranschlagte Abgang von 126 Millionen hat sich somit auf 157,6 Millionen erhöht.

Bei den Ausgaben für Bauzwecke ist es auch im Jahre 1949 nicht gelungen, den gesamten im Voranschlag ausgeworfenen Betrag auszugeben. Für den Wohnungsbau wurden statt 172,5 Millionen bloß 150,7 Millionen, also um 21,8 Millionen weniger als veranschlagt, für die Behebung von Kriegsschäden statt 48 Millionen nur 30,3 Millionen, also um 17,7 Millionen weniger verbraucht. Somit wurden insgesamt für Bauangelegenheiten um 39,5 Millionen weniger ausgegeben.

Stadtrat Resch unterbreitete dem Gemeinderat den Antrag, die gesamten Ersparungen aus dem Kapitel des Wohnungsbaues in den Jahren 1948 und 1949, die zusammen 64 Millionen Schilling ausmachen, als Überschuß in eine eigene Wohnbaurücklage zu legen, die es dem Baureferenten der Stadt möglich mache, den gesamten Betrag Wohnungszwecken zuzuführen, ohne hierfür erst die Zustimmung des Gemeinderates einholen zu müssen. Wir wollen damit, erklärt er, der Bevölkerung dieser Stadt beweisen, daß diese Ersparnisse von 64 Millionen ihre Ursache nur in gewissen Engpässen bei den Materialien und bei den Facharbeitern gehabt haben, daß diese Ersparnisse nicht aus fiskalischen Gründen gemacht wurden, sondern daß diese Gelder eben nicht ausgegeben werden konnten. Wir haben die Absicht, den gesamten Betrag, den der Gemeinderat für Wohnbauzwecke gewidmet hat, restlos diesem Zweck zuzuführen. (Beifall.) Die Baukosten waren trotz höherer Materialpreise und höherer Löhne ständig im Sinken begriffen und damit niedriger als im Voranschlag.

Aus dem restlichen Überschuß sollen mit 48,9 Millionen die noch vorhandenen Reichsschatzenweisungen abgedeckt werden und 16,5 Millionen sollen der allgemeinen Rücklage zugewiesen werden, die damit auf 329,5 Millionen ansteigt und eine echte Reserve darstellt, auf die die Gemeindeverwaltung im kommenden Jahr zurückgreifen kann.

Zum Beweise dafür, daß die Stadtverwaltung bei den Investitionen nicht gespart habe, führt StR. Resch an, daß für nachste-

hende Zwecke folgende Mehrausgaben gemacht wurden: Straßenbau 14 Mill., Wasserwerke 8 Mill., Gärten 4 Mill., Friedhöfe 3 Mill., Bäder 12 Mill., Wohnhäusererhaltung 6 Mill. und Liegenschaften 2 Mill.

Der Rechnungshof hat im Geschäftsjahr 1949 erstmalig den Rechnungsabschluß der Gemeinde Wien nicht überprüft. Der Berichtserstatter erklärt, er glaube darin ein gewisses Zeichen des Vertrauens des Rechnungshofes in die korrekte und sparsame Gebarung der Gemeinde Wien erblicken zu können. Er könne die Zusage abgeben, daß von seiten der Verwaltung dieser Stadt immer alles getan werden wird, um korrekt und sparsam mit den Mitteln der Allgemeinheit umzugehen.

Aus dem Bericht des Kontrollamtes ist die Feststellung zu erwähnen, daß die der Stadt Wien aus dem Betrieb der Krankenanstalten erwachsende Last auf die Dauer von der Gemeinde allein nicht getragen werden könne. Im Jahre 1949 betrug der Gesamtaufwand für die Fondskrankenanstalten 97 Millionen, wovon kaum die Hälfte durch die Verpflegskosteneingänge gedeckt werden konnte. Diese Lage werde noch durch die unzureichenden Beitragsleistungen des Bundes zur Deckung des klinischen Mehraufwandes verschärft.

Stadtrat Resch führt sodann aus: Der Rechnungsabschluß 1949 zeigt, daß die Finanzverwaltung auch 1949 bemüht war, mit den Steuermitteln der Stadt sparsam umzugehen. Wir haben es bewußt unterlassen, Gelder nur deswegen auszugeben, weil diese Ausgabe bereits vom Gemeinderate bewilligt war. Wir haben es vorgezogen, Gelder, die aus irgend einem Grunde nicht ausgegeben werden konnten, lieber für den gleichen Zweck aufzusparen, als sie für meist improvisierte und daher wenig durchdachte Ersatzvorhaben aufzuwenden.

Wir leben in einer Periode der ständigen Erhöhung unserer Produktion, die auch der Gemeindeverwaltung ebenso wie dem Bund und den übrigen Ländern und Gemeinden im Laufe des Verwaltungsjahres höhere Einnahmen bringt, als am Beginn des Jahres vorausgesehen werden konnten. In solchen Zeiten ist es verhältnismäßig leicht, Ersparungen zu machen, indem man einfach die nicht zwingenden Ausgaben nicht in dem Ausmaße erhöhen läßt, als die Einnahmen ansteigen. Diese Einnahmenkonjunktur ist aber zweifellos nur vorübergehend. Wir haben noch eine solche Unsumme von Aufgaben

vor uns, daß wir es uns nicht leisten können, leichtfertig mit unseren Mitteln zu wirtschaften. Wir haben es vorgezogen, lieber Ersparungen zu machen für die Zukunft, als nicht unbedingt notwendige Aufwendungen zuzulassen.

Gegen eine solche vorsichtige Finanzpolitik kann sicher der Einwand erhoben werden, daß Ersparungen durch eine Inflation rasch unter ihrem heutigen Wert sinken könnten. Gegen diesen Einwand spricht aber z.B. auf dem Hauptgebiete unserer Investitionspolitik im Wohnungsbau die Erfahrung der letzten Jahre. Die Kosten des Wohnungsbaues sind in den letzten Jahren trotz Erhöhung der Material- und Lohnpreise fortwährend gesunken, so daß wir heute mit den gleichen Mitteln viel mehr Wohnraum bauen können als noch vor zwei Jahren. Aber gegen diesen Einwand ist vor allem zu sagen, daß in Österreich von einer inflationistischen Gefahr überhaupt nichts zu sehen ist. Der Staatshaushalt war 1950 in voller Ordnung. Von einer Vermehrung des Banknotenumlaufes ist keine Rede. Es besteht daher gar kein Grund, in Österreich Angst vor einer Inflation zu haben, denn das, was sich heute auf dem Gebiete der Preise vollzieht, hat nichts mit einer Inflation zu tun. Wir alle wissen, daß die Steigerung der Preise in den letzten Monaten nur eine Folge der Kriegsangst und des Rüstungswahnes sind, die seit Ausbruch des Koreakonfliktes die Wirtschaft der Welt erschüttern. Nur diese Kriegsangst ist die Ursache der Steigerung vieler Preise auf den Weltmärkten und damit auch in Österreich, und ich bin überzeugt, daß ein Abflauen dieser Kriegsangst auch bald wieder eine sinkende Tendenz der Weltmarktpreise hervorrufen würde.

Wenn ich von den Politikern der Welt gehört werden könnte, würde ich an sie die Bitte richten, aufzuhören, vom Frieden zu reden und dafür Unterschriften zu sammeln, dafür aber wirklich eine Politik des friedlichen Zusammenlebens aller Völker zu machen, so wie es alle Völker der Welt wünschen. Ich bin sicher, daß damit sofort alle Unruhe von den Weltmärkten verschwinden würde. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Ich glaube, daß in Österreich ein Arbeiten am Aufbau unserer Stadt ohne Optimismus über unsere wirtschaftliche Lage und ohne Optimismus für die Zukunft unseres Landes überhaupt nicht möglich ist. Wer den Krieg wünscht oder wer an den Zusammenbruch unserer

Wirtschaft glaubt, der möge eine pessimistische Finanzpolitik machen, er möge sein Geld sinnlos hinauswerfen. Wir aber, die wir für den Frieden und damit für eine glückliche Zukunft unseres Volkes arbeiten, wir dürfen keine andere Finanzpolitik treiben als die des Glaubens an einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg unseres Landes in einer von Furcht und Not befreiten Welt. (Starker Beifall bei den Sozialisten und der Volkspartei.)

Anträge und Anfragen

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates wurden zwei Anträge und vier Anfragen eingebracht.

Ein Antrag der Gemeinderäte des Linksblocks verlangt Maßnahmen gegen die Teuerung und die Verhinderung weiterer Preis- und Tarifierhöhungen. Ein Antrag der parteilosen Gemeinderäte (früher WdU) Ing. Keller und Ing. Pirker fordert eine Ausglei- chung der Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen nach dem Prin- zip der gleitenden Lohnskala. In beiden Fällen haben die Antrag- steller die dringliche Behandlung verlangt.

Von den Anfragen befaßt sich eine Anfrage von Gemeinderäten der Volkspartei mit der Errichtung von Krebsfürsorgestellen. Zwei weitere Anfragen wurden vom Linksblock, je einer von den Unabhängigen und von Ing. Keller (parteilos) eingebracht.

Die Debatte über den Rechnungsabschluß 1949

GR. Martha Burian (WdU) stellt mit Genugtuung fest, daß bei den Ausgaben für die rein kulturellen Belange immerhin eine nicht unbeträchtliche Steigerung eingetreten sei. Dennoch werde die unzulängliche Dotierung des Kulturbudgets auf die Dauer untrag- bar sein.

Wenn die Gemeinde auch die Ansätze für Künstlergehältern, Ehrenpensionen und Ehrenpreise um rund 80.000 S überschritten habe, so habe die Gemeinde damit noch nicht ihre Verpflichtungen den heimischen Künstlern gegenüber voll und ganz erfüllt.

Die Rednerin richtet an den Amtsführenden Stadtrat die An- frage, woran es liege, daß die tatsächlichen Einnahmen bei den Städtischen Büchereien gegenüber den Budgetansätzen um zirka 60.000 S zurückgeblieben seien.

Einige Beanstandungen des Kontrollamtes seien zu Unrecht erfolgt. Man müsse es als besonders verwerflich bezeichnen, wenn

gerade im Rahmen der Flüchtlingsfürsorge Unkorrektheiten vorgekommen sind.

Im übrigen stimmen die Unabhängigen den vom Stadtrat vorgebrachten Ansätzen zu.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erinnert daran, daß 1949 ein Wahljahr war, so daß das Budget für 1949 deutlich die Spuren der kommenden Wahl getragen habe. Jene Ansätze waren besonders gut dotiert, bei denen man sich für die Wahl eine besondere Anziehungskraft versprach.

Das Jahr 1949 habe aber auch den 3. Lohn- und Preisstakt mit einer Reihe von Preiserhöhungen gebracht. Damals konnte man sich noch nicht auf den Ausbruch des Korea-Konfliktes ausreden. Obwohl im Jahre 1949 die Kohlenpreise eine sinkende Tendenz aufwiesen, traten weder bei Gas, elektrischem Strom noch bei der Straßenbahn Preisherabsetzungen ein.

Es sei eine typische Roßtäuscherei der Wähler gewesen, daß man noch kurz vor der Wahl die Mitteilungen, daß eine Abwertung des Schillings bevorstehe, als kommunistische Demagogie bezeichnete, denn schon einige Wochen nach der Wahl sei die Abwertung tatsächlich durchgeführt worden.

Der Referent habe wohl davon gesprochen, daß das Gebarungsergebnis besser gewesen sei, als im Voranschlag vorgesehen war - in den Jahren 1949 und 1948 machten die Überschüsse zusammen rund eine Viertel Milliarde Schilling aus, also auf den Kopf ungerechnet 140 S -; den Mehreinnahmen standen aber keine Mehrleistungen, sondern Minderleistungen gegenüber. Hunderte Millionen Schilling häufen sich in den Kassen der Gemeinde Wien, das Geld liegt dort unproduktiv und bringt bestenfalls die normalen Zinsen.

Besonders hervorstechend sei die Steigerung der Erträge der Gewerbesteuer. 66 Millionen Schilling waren veranschlagt, 237 Millionen Schilling gingen tatsächlich ein. Die Anhäufung von Steuerschulden sei scheinbar eine allgemeine österreichische Krankheit geworden.

(GR. Jirava (SPÖ): Eingeschleppt von der USIA!) Die Steuerschulden bei den Gemeindesteuern spielen in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle, sie machen ja nur einen Bruchteil der rund 2 Milliarden Steuerschulden aus. Wenn es so weit käme, daß diese 2 Milliarden bezahlt werden, dann würde sich bedeutend leichter über die klei-

neren Steuerschulden anderer Leute reden lassen.

Während die Ausgaben der Gemeinde Wien im Jahre 1949 um 33 Prozent durchschnittlich gestiegen sind, stiegen die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke nur um rund 5 Prozent.

Man könne es nicht bestreiten, daß die Wohnungsherstellung - wie der Referent betonte - billiger geworden sei; er habe jedoch nicht gesagt, daß dies nur auf Kosten der Verringerung der Geschoßhöhe von 3.20 auf 3 Meter möglich war und dadurch, daß die Badezimmer nicht mehr eingerichtet werden.

Abschließend beantrag der Redner die Annahme eines Resolutionsantrages, von dem Gebarungüberschuß für 1949 64 Millionen Schilling für zusätzliche Wohnungsbauten und 65,5 Millionen Schilling für die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und die Förderung der Jugendwohlfahrt zu verwenden.

Den Ansätzen und dem Antrag des Amtsführenden Stadtrates werde der Linksblock seine Zustimmung nicht geben.

GR. Wicha (WdU) bezeichnet den Gebarungüberschuß des Rechnungsabschlusses 1949 als erfreulich, gibt jedoch seiner Meinung Ausdruck, daß dieser noch größer hätte sein könne. Er fährt als Beispiel das Kapitel Gesundheitswesen an, in dem er die Verpflegungskostennachlässe an die Krankenkassen sowie andere Begünstigungen bemängelt. Es wäre auch eine Verringerung des Betriebsaufwandes der Krankenanstalten möglich gewesen. So beanstandet der Redner den Unterbelag besonders auf den Frauenabteilungen sowie die Freihaltung von Spitalsbetten für Privatpatienten, während gewöhnliche Patienten nur schwer ein Bett bekommen. Sonderbar berührt es auch, daß eine Krankenanstalt einen Teil ihrer Gründe an anstaltsfremde Personen zu Erwerbszwecken zu einem äußerst niedrigen Pachtzins verpachtet hat.

Immerhin war der Überschuß des Rechnungsabschlusses ein bedeutender, sodaß sich die Gemeinde Wien hätte entschließen können, auch einen Betrag für die innere Befriedung zu leisten und das Unrecht zu beseitigen, das vielen Bediensteten im Jahre 1945 zugefügt wurde.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Wahrnehmungen des Kontrollamtes und bezeichnet es als erfreulich, daß die Zahl der Beanstandungen zurückgegangen ist. Der Rechnungshof habe jedoch nur infolge Überbürdung die Überprüfung des Rechnungsabschlusses

einstweilen zurückgestellt.

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab GR. Wicha seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Anregung des WdU dem Voranschlag einen Ausweis des Gemeindevermögens beizufügen, bei diesem Rechnungsabschluß teilweise erfüllt wurde. Im übrigen gab er seine Zustimmung zu der Vorlage.

GR. Dkfm. Dr. Hohl (ÖVP) stellte mit Bedauern fest, daß die Verwaltungsreform noch immer nicht durchgeführt wurde. Er erinnert an die Bemühungen seiner Fraktion um die Verwaltungsreform, die für die Gemeinde Wien unbedingt notwendig ist. Er bezeichnet es auch als bedauerlich, daß die Zahl der Beamten immer kleiner wird, die die Vorschriften vor dem Jahr 1938 noch kennen. Es sei dies ein Zeichen dafür, daß die Heranziehung eines geeigneten Nachwuchses anscheinend nicht in dem Maß erfolgt, wie es im Interesse der Gemeinde erforderlich wäre.

In den Berichten des Kontrollamtes sagte Dkfm. Dr. Hohl, daß diese die große Linie vermissen lassen. Es sollen nicht nur die Anstände festgestellt, sondern auch darauf hingewiesen werden, wie man diese beseitigen und eine bessere Gebarung in der Gemeinde herbeiführen könne.

Der Redner beschäftigte sich dann im einzelnen mit dem Voranschlag. Er bezeichnet es als sehr schön, daß die Einnahmen eine so bedeutende und unerwartete Steigerung erfahren haben. Es wäre jedoch zu empfehlen, die Präliminierung trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Wahrheit näher zu bringen als im Budget 1949.

Zu den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer bemerkte der Redner, daß diese eine Ermäßigung erfahren müsse, wenn nicht die Substanz der Betriebe eine weitgehende Schmälerung erfahren soll. Interessant ist es auch, daß zwei Steuern eine rückläufige Bewegung zeigten: die Getränkesteuer und die Vergnügungssteuer. Dkfm. Dr. Hohl stellte dazu fest, seine Fraktion habe darauf hingewiesen, daß es heute nicht mehr möglich ist, die besonders hohen Sätze dieser Steuern aufrechtzuerhalten, wenn die Erträge nicht sinken sollen. Der Redner bemängelt auch die Höhe der Rücklagen und stellte die Frage, ob dies in einem solchen Ausmaß notwendig ist.

Im einzelnen zeige sich jedoch, daß sicherlich im Vergleich zu früheren Berichten eine Besserung festzustellen ist. Es sind

keine übermäßig nennenswerten Anstände vom Kontrollamt festgestellt worden. Er freue sich, daß endlich im Bauwesen Kontrollorgane eingesetzt worden sind. Man wisse, daß die Klagen über nicht sachgemäße Bauausführungen in letzter Zeit häufiger wurden. Er würde es daher begrüßen, wenn diese Kontrollen in noch stärkerem Maß durchgeführt werden.

Zum Abschluß seiner Rede dankte GR. Dkfm. Dr. Hohl allen Personen, die durch ihre Arbeit bewirkt haben, daß das Jahr 1949 mit einem positiven Ergebnis geendet hat. Er sprach ihnen an dieser Stelle für ihre Tätigkeit im Namen seiner Fraktion den Dank aus. Seine Fraktion werde auch für den Rechnungsabschluß stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Marek (SPÖ) stellt eingangs fest, daß die bisherigen Debatteredner von der Warte ihrer Partei aus den Rechnungsabschluß 1949 einer Kritik unterzogen haben. GR. Dr. Soswinski hat zum erstenmal auch verschiedene Theorien über die Finanzverwaltung aufgestellt. Er hat darüber Klage geführt, daß die Einnahmen im Jahr 1949 beträchtlich gestiegen sind, daß sich die Kassenbestände erhöht haben, daß die Zahl der Befürsorgten kleiner wird, und er hat bei der Gesamtkritik des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1949 auch die wirtschaftlichen Vorgänge und die Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet in diesem Zeitraum berücksichtigt. GR. Marek gab jedoch seiner Meinung Ausdruck, daß eine objektive Kritik des Jahres 1949 nicht am 1. Jänner beginnen und am 31. Dezember enden kann. Das Jahr 1949 war das vierte Jahr nach Beendigung des Krieges. Dies muß man bedenken, um die Bedeutung des Rechnungsabschlusses zu verstehen. Wenn wir die Einnahmen und Ausgaben unserer Stadt gegenüberstellen, müssen wir die wirtschaftlichen Bedingungen der Stadt in Betracht ziehen. Diese aber sind untrennbar mit denen unseres Landes verknüpft. Aber auch unser Land lebt in keinem luftleeren Raum, sondern in Europa, wo die Leiden, Sorgen und Mühen aller Völker eng verflochten sind. Es kann heute in Europa kein Volk geben, das glücklich lebt, während daneben die anderen zugrundegehen.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den Ausführungen Dr. Soswinskis über die Bautätigkeit und entgegnet dem, daß ein gewaltiger Aufstieg auf diesem Gebiet erreicht werden konnte. Die Gemeindeverwaltung ist sich ihrer ernstesten und wichtigen Aufgabe,

die Schäden des Krieges zu beseitigen, voll und ganz bewußt und wird den sozialen Wohnungsbau weiter fortsetzen.

Zu den Vorwürfen über die nicht widmungsgemäße Verwendung von Beträgen und über Einsparungen beim Wohnungsbau stellt der Redner fest, daß man bereits 1948 für die Behebung von Kriegsschäden statt 15,2 Millionen 48,5 Millionen verwendet hat. Gewiß wurden im gleichen Zeitraum 43 Millionen für Wohnungsneubauten weniger ausgegeben, doch sind die damaligen Gründe bekannt.

GR. Marek beschäftigte sich dann im einzelnen mit den verschiedenen Anwürfen von GR. Dr. Soswinski und den Ausführungen des Redners der ÖVP.

Abschließend betonte der Redner, man müsse stolz darauf sein, fünf Jahre nach Beendigung eines Krieges in der Stadt Wien durch die sauber geführte Gemeindeverwaltung die großen Aufgaben erfüllt zu haben. Aus diesem Gefühl heraus wird die Sozialistische Partei dem Rechnungsabschluß die Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Berichterstatter StR. Resch entgegnet in seinem Schlußwort zunächst auf die Behauptung des GR. Dr. Soswinski, daß die von den städtischen Unternehmungen an die Gemeinde geleistete Verwaltungsabgabe eine Gewinnabfuhr bedeute. Während Wien 3 Prozent als Verwaltungsabgabe einhebt, heben die übrigen Städte Österreichs 15 Prozent der Roheinnahmen von ihren städtischen Betrieben als Konzessionsabgaben ein. In dieser dreiprozentigen Verwaltungsabgabe sei überdies auch der Pachtzins für die Anlagen dieser Betriebe auf Gemeindegrund, wie Schienenstränge, Rohre und Kabeln gelegen.

Wenn die in den letzten Jahren eingetretene Verbilligung der Baukosten angezweifelt wurde, müsse er darauf hinweisen, daß man bei Beginn der Bautätigkeit im Jahre 1948 für eine mittlere Wohnung von 48 m² mit 75.000 S Kosten gerechnet habe. Diese Kosten sind bis zum Jahre 1950 auf weniger als 60.000 S gesunken. Daß damit keine Verschlechterung der Gemeindebauten verbunden ist, geht schon daraus hervor, daß die Gemeinde heute im Durchschnitt 47 bis 48 m² große Wohnungen baut, während vor 1934 die durchschnittliche Wohnfläche nur 38 m² betragen habe.

Im Jahre 1950 wurden, wie StR. Resch bekannt gab, für Wohnhausbauten ungefähr 276 Millionen ausgegeben. Dies ist um 125

Millionen mehr als im Jahre 1949, immerhin bleibt auch dieser Aufwand um 21 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Er sei selbstverständlich bereit, auch diese 21 Millionen zur Gänze wieder der Wohnbaurücklage zuzuführen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Dkfm. Hohl, der die sogenannte Scheingewinnbesteuerung kritisiert hatte, bemerkte Stadtrat Resch, daß trotz dem anscheinenden Substanzverlust die Investitionssumme der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1950 den nicht geringen Betrag von 17 Milliarden ausmachte. Dies beweise, daß es trotz der angeblichen Besteuerung von Scheingewinnen der Industrie und dem Gewerbe möglich war, eine wesentliche Vermehrung ihres Vermögens zu erzielen.

Den Rednern der Opposition, die sich darüber Sorgen machen, was er als Finanzreferent mit den 400 Millionen Schilling Rücklagen anfangen werde, könne er nur sagen: Ich habe die Sorge, ob diese Rücklagen ausreichen werden, um die Unsumme von Aufgaben zu befriedigen, wie sie die Bevölkerung von uns erwartet und wie sie der entsetzliche Krieg und die Nachkriegszeit uns hinterlassen haben. Wir haben noch ungeheure Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu leisten, wir haben die Unterlassungen von fast 15 Jahren faschistischer Zeit nachzuholen. Große Aufgaben erwarten uns weiter auf den Gebieten der Schule, des Gesundheitswesens, der Wohlfahrt, im Straßenwesen, bei der Wasserversorgung und in vielem anderen. Ich habe die Gewißheit, daß alle diese Aufgaben zu groß sind, als daß sie überhaupt von einer Generation geleistet werden können, wenn wir nicht nur den alten Stand wieder herstellen, sondern darüber hinaus Neues schaffen wollen. Das ist nur denkbar, wenn wir hierfür Kredite in einem ausreichenden Maße bekommen. Unsere vorsichtige Finanzpolitik hat auch den Zweck, die Gemeinde Wien kreditfähig zu erhalten, um einmal, wenn die Möglichkeit dazu besteht, solche Kredite zu erhalten. Dann erst werden wir das Große in dieser Stadt schaffen können, das wir uns alle erhoffen und im Interesse unserer Bevölkerung notwendig ist. Für die nächsten Jahre werden wir uns jedoch begnügen müssen, mit den derzeitigen Einnahmen auszukommen. Wir müssen uns daher bemühen, noch sparsamer zu wirtschaften, noch

27. April 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 667

mehr die Verwaltung zu vereinfachen und damit zu verbilligen, um mit den vorhandenen Mitteln möglichst viele der Probleme zu lösen.

Stadtrat Resch schloß mit den Worten: "Daß uns dies in der Vergangenheit weitgehend gelungen ist, verdanken wir der Zusammenarbeit aller Funktionäre, den Bürgermeistern, und den Stadträten wie den Gemeinderäten und Bezirksvorstehern, und allen Beamten dieses Hauses. Ich verbinde damit den Wunsch, daß auch in Zukunft alle Funktionäre und alle Beamten dieses Hauses mitwirken mögen, daß diese Finanzverwaltung weiterhin sparsam verwalten und möglichst viel Produktives leisten kann. Für die Vergangenheit danke ich hiefür und für die Zukunft bitte ich um Ihre Hilfe!" (Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters angenommen und damit der Rechnungsabschluß 1949 genehmigt. Der Antrag Dr. Soswinski wird abgelehnt.

Die Bilanzen der Städtischen Unternehmungen

Berichterstatte StR. Dkfm. Nathschläger legt hierauf folgende Bilanzen vor:

Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1949 und Bilanz 1949 der Wiener Stadtwerke;

Bilanz 1949 des Brauhauses der Stadt Wien;

Bilanz 1949 der "Gemeinde Wien - Städtische Bestattung";

Bilanz 1949 der "Gewista", "Gemeinde Wien - Städtische An-
kündigungsunternehmung".

Der Referent weist einleitend darauf hin, daß die E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe durch einen Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 23.12.1948 zu einer neuen Unternehmung, den Wiener Stadtwerken, zusammengefaßt wurden. Die bisherigen Erfahrungen in Bezug auf die Schaffung der Wiener Stadtwerke waren durchaus ermutigend; sie würden zweifellos eine weitere Verstärkung erfahren können, wenn es gelingen würde, jene Abteilungen, die jetzt schon zentralisiert sind, sowie die weiteren, die noch entralisiert werden sollen, auch räumlich zentral zusammenzufassen.

Die dem Verwaltungsbericht angeschlossene Eröffnungsbilanz weist eine Bilanzsumme von 823.7 Millionen Schilling auf, von denen 52 Prozent auf das Anlagevermögen und der Rest auf das Umlaufvermögen entfallen. Das ausgewiesene Anlagevermögen war in der Eröffnungsbilanz zu rund 70 Prozent durch das Eigenkapital gedeckt.

In der Schlußbilanz 1949 stehen nach Abzug des Verlustes per Ende 1949 von 71.7 Millionen Schilling dem Anlagevermögen von 541.3 Millionen und dem Umlaufvermögen von 434.5 Millionen ein Eigenkapital von 221.8 Millionen und Schulden von 754 Millionen Schilling gegenüber. Durch den Verlust an Eigenkapital ist das Anlagekapital nur mehr zu rund 41 Prozent durch Eigenmittel gedeckt. Durch die Verluste wurden nicht nur sämtliche Rücklagen aller drei Unternehmungen aufgezehrt, sondern es mußte auch - besonders bei den Verkehrsbetrieben - das Stammkapital angegriffen werden. Wenn man den effektiven Verlust aus 1949 und die Verluste für 1950 und 1951 in Ansatz bringt, ergibt sich, daß bei den Verkehrsbetrieben überhaupt kein Kapital mehr vorhanden ist, beziehungsweise ein Kapital in negativer Höhe von rund 137.6 Mil-

lionen Schilling auf der Aktivseite der Bilanz geführt werden müßte.

Diese Hinweise zeigen, daß hier dringend eine Abhilfe erforderlich ist; vor allem sollte ehestens das Schillingeröffnungsbilanzgesetz verabschiedet werden, um eine Sanierung zu ermöglichen. Es wird notwendig sein, den Verkehrsbetrieben - je früher, desto besser - bedeutende Barmittel zur Verfügung zu stellen.

Der Jahresverlust der Wiener Stadtwerke für 1949 ist in erster Linie auf die Kursverluste zurückzuführen, die aus der Neufestsetzung der Devisenkurse am 25. November 1949 resultierten und die insgesamt 76.4 Millionen Schilling betragen.

Die Voranschläge hatten für die E-Werke einen Gebarungüberschuß von 920.000 S und für die Gaswerke von 644.000 S, hingegen für die Verkehrsbetriebe einen Gebarungsabgang von 28.7 Millionen Schilling vorgesehen. Die Erfolgsrechnung 1949 schloß hingegen für die E-Werke mit einem Verlust von 2.3 Millionen, für die Gaswerke mit einem Gewinn von 31.3 Millionen und für die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 100.6 Millionen Schilling.

Das besonders günstige Ergebnis des Gaswerkes ist darauf zurückzuführen, daß statt den veranschlagten 546.000 Tonnen Kohle 586.000 Tonnen verarbeitet werden konnten.

Dennoch konnten in Bezug auf den Wiederaufbau bei den Wiener Stadtwerken beträchtliche Leistungen erzielt werden. Der Investitionsplan, der für die E-Werke 75.1 Millionen vorsah, konnte zu 91.7 Prozent erfüllt werden; bei den Gaswerken wurde der Investitionsplan, der 39.7 Millionen vorgesehen hatte, zu 81.7 Prozent erfüllt.

Bei den Verkehrsbetrieben betrug die Zahl der beförderten Personen im Jahre 1949 575.3 Millionen Fahrgäste gegenüber 638.2 Millionen im Jahre 1948 und 531.7 Millionen im Jahre 1950. Der Rückgang in der Frequenz von 1948 auf 1949 betrug je Wagennutzkilometer 0.6 Personen. Der Rückgang in der Fahrgästanzahl von 1948 auf 1949 betrug rund 9 Prozent.

Der Wagenstand an betriebstauglichen Wagen, der im Jahre 1937 3177 für Straßenbahn und Stadtbahn betrug, erreichte im Jahre 1949 wieder 2149 Wagen. Er stieg im Jahre 1950 auf 2262 und wird im Jahre 1951 voraussichtlich 2280 betriebstaugliche Wagen erreichen.

Die große Aufbauarbeit und die große Arbeitsleistung, die

gerade bei der Instandsetzung des zum Großteil zerstörten Wagenparks vollbracht wurde, ergibt sich daraus, daß die Verkehrsbetriebe im März 1945 über 1629 betriebstaugliche Wagen, im Mai 1945 über 748 und im Dezember desselben Jahres über 1500 betriebstaugliche Wagen verfügten.

Der Autobusbetrieb verzeichnete im Jahre 1949 wieder einen Stand von 127 Wagen, der im Jahre 1951 weiter auf 162 angestiegen ist. Im Jahre 1949 wurden vom Autobusbetrieb 15.6 Millionen Fahrgäste befördert; 1950 waren es rund 24.5 Millionen Fahrgäste und 1951 wird mit 27.6 Millionen Fahrgästen gerechnet. Es zeigt sich hier eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung, die auch in einer Reihe von neu aufgenommenen Linien zum Ausdruck kommt.

Der Obus-Betrieb verfügte im Jahre 1949 über 10 Obusse, im Jahre 1950 über 18. Dieser Betrieb beförderte 1949 2.6 Millionen Fahrgäste, im Jahre 1950 ebenfalls rund 2.6 Millionen. Für 1951 wird eine kleine Steigerung auf 2.7 Millionen Fahrgäste erwartet.

An Investitionen waren bei den Verkehrsbetrieben einschließlich der Kriegsschädenbehebungen 94.6 Millionen Schilling vorgesehen; hier wurde der Voranschlag nur zu 46.6 Prozent erfüllt. Dieses Zurückbleiben hatte seinen Grund vor allem darin, daß von den vorgesehenen Mitteln von vornherein 37.4 Millionen gesperrt waren. Die verbleibende Differenz dürfte zum Großteil auf Materialschwierigkeiten zurückzuführen gewesen sein.

Für die Gleisanlagen wurden 1949 rund 1.7 Millionen Schilling aufgewendet, für den Fahrpark rund 11 Millionen Schilling. Beim Omnibusbetrieb betragen die Aufwendungen rund 1.5 Millionen Schilling, bei den Autobussen die ansehnliche Summe von 8.5 Millionen. Im Jahre 1949 haben 3758 Schienenfahrzeuge die Hauptwerkstätte durchlaufen, wo sie generalüberholt oder instandgesetzt wurden.

Auch eine Reihe von Straßenbahnlinien wurde im Jahre 1949 wiedereröffnet, darunter die Linien 33, 57, 63 und 7. Auch bezüglich der Intervalle und des Betriebsbeginnes und Betriebsschlusses der Linien konnten Verbesserungen erreicht werden.

Der Referent stellt den Antrag, die Eröffnungsbilanz der Wiener Stadtwerke zum 1. Jänner 1949, ebenso die Vermögensrechnung vom 31. Dezember 1949 und die Erfolgsrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 1949 zu genehmigen, den Verlust des Geschäftsjahres 1949 von 71,659.665.- S auf neue Röh-

nung vorzutragen.

Der Berichterstatter bespricht sodann die Bilanz 1949 des Brauhauses der Stadt Wien und weist darauf hin, daß dessen Erfolgsrechnung im Jahre 1949 mit einem Gewinn von 1.3 Millionen Schilling abgeschlossen hat. Gegenüber dem Voranschlag wurde ein um 126.239 S günstigerer Erfolg erreicht. Nach dem Voranschlag sollten 110.000 Hektoliter Bier erzeugt werden, effektiv wurden 124.000 Hektoliter verkauft, wogegen der Bierausstoß im Jahre 1948 nur 103.000 Hektoliter betragen hatte.

Der Referent beantragt, die Bilanz des Brauhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1949 zu genehmigen, aus dem Jahresgewinn 100.000 S an die Gemeinde Wien abzuführen und den verbleibenden Jahresgewinn von 1,2 Millionen Schilling auf neue Rechnung vorzutragen.

In seinem Bericht über die Städtische Bestattung im Geschäftsjahr 1949 wies der Referent darauf hin, daß im Berichtsjahr folgende Leistungen erbracht wurden: 23.140 Bestattungsleistungen der Städtischen Bestattung und 5296 Teilleistungen für private Bestattungen. Zum ersten Mal seit Bestehen des Unternehmens konnte der Anteil am gesamten Wiener Bestattungsanfall auf mehr als 80 Prozent erhöht werden. Die Zahl der Armenbegräbnisse betrug 802 Bestattungen.

Der Referent beantragt, die Bilanz der "Gemeinde Wien - Städtische Bestattung" für das Geschäftsjahr 1949 zu genehmigen sowie von dem ausgewiesenen Jahresgewinn von 338.144,71 S 300.000 S an den ordentlichen Stadthaushalt der Gemeinde Wien abzuführen.

Das Jahr 1949 stellte an die Leistungsfähigkeit der Gewista große Anforderungen, vor allem durch die Beanspruchungen der politischen Parteien bei den Wahlen. Die architektonische Ausgestaltung der Plakatwände wurde auch auf die Außenbezirke ausgedehnt. Im Jahre 1949 sind 169 Objekte mit einem Gesamtausmaß von rund 10.400 m² neu aufgestellt worden. Am 31. Dezember 1949 standen der Gewista rund 2.200 Tafeln und 300 Säulen in einem Gesamtausmaß von rund 57.600 m² Anschlagfläche zur Verfügung. Die Bruttoeinnahmen des Unternehmens betragen 5,182.900 Schilling. Der Überschuß war kleiner als angenommen, er betrug 213.316 Schilling.

Als erster Debatteredner sprach GR.Dr. Soswinski (LBl.), der sich vor allem mit den Wirtschaftsplänen der Stadtwerke beschäftigte. Im Jahre 1949 wurde der Straßenbahntarif von 55 auf 80 g erhöht, der Gastarif von 34 auf 50 g und der Strompreis von 18 auf 28 g pro Kilowattstunde. Der Redner betonte jedoch, daß das Defizit der Stadtwerke gelinde gesagt aufgebauscht sei. Es sollte damit in der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden, daß Tarifierhöhungen notwendig sind. Nach den Berechnungen von GR.Dr. Soswinski ergibt sich jedoch vielmehr ein Überschuß der Stadtwerke für das Jahr 1949 von 4 Millionen Schilling.

Der Redner stellt sich auch dagegen, daß Investitionen nicht durchgeführt wurden, die bewilligt waren. Abschließend bezeichnet er solche Rechnungsabschlüsse als irreführend und verweigert daher im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Anträgen.

GR.Dkfm.Dr. Hohl (ÖVP) sagt, der Verwaltungsbericht der Stadtwerke zeige, daß viel Aufbau und wertvolle Arbeit geleistet wurde. Die Ergebnisse, die mit dieser Arbeit verbunden waren, sind jedoch leider nicht zufriedenstellend. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist dieser Abschluß der Stadtwerke als sehr betrüblich zu bezeichnen. Wenn man allerdings bedenkt, was alles getan wurde, um die Situation der Stadtwerke und vor allem der Verkehrsbetriebe zu verbessern, so muß man sagen, daß die Ursachen für die ungünstige Bilanz außerhalb der Stadtwerke liegen.

Dkfm.Dr. Hohl beleuchtet dann im einzelnen die schwierige Situation der Stadtwerke und besonders der Verkehrsbetriebe und versucht neue Wege aufzuzeigen, um eine Sanierung herbeizuführen. Die Stadtwerke haben, wie der Redner ausführt, genau so Anspruch auf Förderung durch die Stadt Wien wie die sozialen Bedürfnisse, der Wohnungsbau und das kulturelle Leben. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß die Stadtwerke für die Verkehrsbedürfnisse aus eigenen Mitteln aufkommen sollen. Der Anleiheweg ist im Augenblick weder im Inland, noch im Ausland erfolgreich zu beschreiten. Der Redner regt jedoch an, Mitteln aus den Rücklagen der Gemeinde für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Es wäre auch daran zu denken, Kredite für Investitionen durch die Zentralsparkasse

der Gemeinde zu verbilligten Sätzen zu erhalten. Auch ein Nachlaß der Gebrauchsgebühren könnte die Situation erleichtern. Schließlich regt Dkfm.Dr.Hohl an, einen Ersparungskommissär einzusetzen.

Abschließend betonte der Redner, daß man alles versuchen müsse, um den Stadtwerken geeignete wirtschaftliche Hilfe zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Sigmund (SPÖ) erklärt, die Sozialistische Partei stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die öffentlichen Betriebe ihre Politik der kostendeckenden Preise auf keinen Fall verlassen dürfen. Sie gehe dabei von dem Grundsatz aus, daß die öffentlichen Betriebe dazu geschaffen sind, den Bedürfnissen der Bevölkerung im günstigsten Sinne zu entsprechen. Die Verkehrsbetriebe sind dabei zweifellos jene öffentlichen Unternehmungen, die wegen ihrer Lohnintensität mit den schwersten Hindernissen zu kämpfen haben. Die Stadtwerke haben versucht, so weit sie es konnten, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Wir sehen, schließt GR.Sigmund, in den vorliegenden Abschlüssen die langsame Liquidierung einer leidensvollen Zeit, die nicht nur die Menschen, sondern auch die Betriebe vor viele Schwierigkeiten stellte. Wenn wir auf diesem Weg fortschreiten und diesen Betrieben die Hilfe der Allgemeinheit leihen, dann werden sie imstande sein, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu erfüllen. Aus dieser Überzeugung heraus wird die sozialistische Fraktion den Bilanzen ihre Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort betont StR.Dkfm.Nathschläger, es sei nicht Aufgabe der städtischen Unternehmungen, Überschüsse zu erzielen, wie ihm dies als Absicht unterschoben wurde, er wäre vielmehr schon zufrieden, wenn er im Rahmen der ihm unterstellten Unternehmungen zumindest den Ausgleich erzielen könnte. Bei der geschilderten Sachlage sei es unbedingt notwendig, diesen Unternehmungen möglichst bald finanzielle Hilfe zuzuführen. Dabei sei es gleichgültig, in welcher Weise und unter welchem Titel dies geschehe. Die Bevölkerung verlange eine Aufwärtsentwicklung, nicht einen Stillstand, auch nicht unter den gegenwärtigen schweren Verhältnissen.

Wenn wir heute der Bevölkerung immer wieder sagen, für dieses oder jenes dringende Vorhaben sei kein Geld vorhanden, so wird das die Bevölkerung eine Zeitlang verstehen, aber auf die Dauer nicht ruhig hinnehmen. Es ist daher notwendig, alle Kräfte und alle Mittel zusammenzufassen, um auch diesen Betrieben die Aufwärtsentwicklung zu ermöglichen.

Es ist meine persönliche Meinung, erklärt Stadtrat Nathschläger, daß wir auf allen Gebieten der Gemeinde Wien und auch auf dem Gebiete der städtischen Unternehmungen noch viel einsparen können. Nicht immer finden die bewilligten Gelder auch die zweckentsprechende Verwendung. Darum muß die Devise lauten: Sparen, sparen und nochmals sparen!

Abschließend spricht der Stadtrat dem gesamten Personal, von den Direktoren bis zum letzten Hilfsarbeiter, den herzlichsten und wärmsten Dank für die große Leistung aus, die sie in diesen schweren Zeiten im Interesse der gesamten Stadtwerke und im Interesse ihrer eigenen Unternehmungen geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Bilanzen der städtischen Unternehmungen mit allen gegen die Stimmen des Linksblocks genehmigt.

Infektionskrankenhaus wieder im Triester-Spital

Über die Wiedererrichtung des Infektionskrankenhauses im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Franz Josef-Spitals referierte GR. Antonie Platzer (SPÖ). Sie erinnerte daran, daß das Franz Josef-Spital seit seiner Eröffnung auch das Infektionsspital beherbergt hat. Während der Kriegshandlungen wurde das Spital besonders schwer getroffen. 134 Bomben fielen auf die Gebäude, von 38 großen Krankensälen verblieben bloß 17. Im Jahre 1945 mußte das Spital vollständig gesperrt werden, weil dort Kriegsgebiet war. Epidemisch auftretende Erkrankungen forderten jedoch die Errichtung des Infektionsspitals, u.zw. damals in Steinhof. Nun soll das Infektionsspital wieder in das Franz Josef-Spital zurückkommen. Die Referentin stellte den Antrag, die Wiedererrichtung mit Baukosten im Betrag von 15,2 Millionen Schilling und Inventarkosten im Betrag von 4,5 Millionen Schilling zu genehmigen. Als erste Rate für das Jahr 1951 sind 7,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Primarius Dr. Eberle (ÖVP) gab seine Zustimmung zu dem ge-

stellten Antrag, der auch vom ärztlichen Standpunkt aus zu begrüßen ist. Es wäre auf die Dauer unmöglich, die Infektionskranken hinter Gittern und versperrten Türen zu halten. Er erinnerte daran, daß er schon bei der Budgetdebatte als dringendste Aufgabe die Errichtung des Zentralen Infektionskrankenhauses bezeichnet habe.

GR. Dr. Eberle erwähnte auch den Plan, das Krankenhaus außerhalb Wiens in einer gesünderen Umgebung unterzubringen. Dieser Plan hätte jedoch für die Besucher und für die Konsiliarärzte einen langen Weg gefordert. Es ist daher zu begrüßen, daß das Infektionskrankenhaus seine alte Heimstätte gefunden hat.

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab der Redner seiner Hoffnung Ausdruck, es möge gelingen, daß die Baulaute mit den Ärzten zusammenarbeiten, damit die fertigen Bauten auch zweckentsprechend benützt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schiller (SPÖ) sprach im Namen der Favoritner Bevölkerung. Er begrüßte es, daß dieser große Bezirk wieder zu einem eigenen Krankenhaus kommen wird, das auch für die Menschen in den Randgebieten leicht zu erreichen ist. Der Redner stellt ferner mit Genugtuung fest, daß auch eine Gynäkologische Abteilung neu geschaffen werden soll. Er dankt im Namen der Favoritner, vor allem Bürgermeister Dr.h.c. Körner, der schon 1946 und 1947 intensiv für den Wiederaufbau des Spitals eingetreten ist und damals schon versucht hat, die Mittel bereitzustellen. Schließlich dankte GR. Schiller StR. Resch für die Bereitstellung der Mittel (Beifall bei der SPÖ).

Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort; bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Berichterstatters GR. Skokan (ÖVP), betreffend einen Nachtragskredit für Aufstockung anläßlich Überdachung im Umspannwerk Schmelz der Wiener Stadtwerke - Elektrizitätswerke, wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf referiert Amtsführender Stadtrat Dkfm. Nathschläger über die Festsetzung eines Ausnahmetarifes für die Strecke "Mauer, Lange Gasse - Mödling" der Wiener Verkehrsbetriebe in der Höhe von 1 Schilling.

Wie der Berichterstatter ausführt, handelt es sich um eine Härte, die bei der im September 1949 vorgenommenen Tariffestsetzung aufgetreten war. Diese Härte soll durch die Schaffung des Ausnahmetarifcs für die genannte Strecke beseitigt werden.

GR.Dr.Prutscher (ÖVP) weist darauf hin, daß es sich als unmöglich erwiesen habe, innerhalb des Tarifgebietes Mauer-Rodaun einen Kurzstreckentarif einzuführen, weil das eine Änderung des ganzen Tarifsystems mit sich gebracht hätte. Es wurde nun eine erträgliche Lösung gefunden.

Gerade dieses Beispiel zeige, daß man sich damit befassen sollte, die Möglichkeiten zur Schaffung der Kurzstreckentariife gründlich durchzuberaten. In den letzten eineinhalb bis zwei Jahrzehnten seien bezüglich der Verkehrsbedienug der Wiener Bevölkerung viele Unterlassungssünden begangen worden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR.Hans Weber (SPÖ) begrüßt als Vertreter des Bezirkes Liesing die hier getroffene Regelung und setzt sich für die verkehrstechnische Erschließung der Gebiete von Erlaa und Siebenhirten ein. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm.Nathschläger betont, er könne sich der Tatsache nicht verschließen, daß immer und immer wieder die Forderung erhoben werde, Kurzstreckentariife einzuführen. Auf die Dauer werde man sich dieser Forderung der Bevölkerung nicht entziehen können. Zu den von GR.Weber vorgebrachten Wünschen erklärt der Referent, er werde Vorbereitungen treffen, daß im Jahre 1952 neue Autobusse in Dienst gestellt und damit neue Linien eröffnet werden können, um berechtigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen zu können.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ohne Debatte werden zwei Anträge des Berichterstatters Stadtrat Dkfm.Nathschläger einstimmig angenommen und zwar ein Antrag, der eine Erhöhung der Beteiligung des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien an der Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft landwirtschaftlicher Betriebe von 20.000 auf 50.000 S und somit auch die Erhöhung der Haftung von bisher 200.000 S auf 505.000 S vorsieht,

ferner eine Ermächtigung für die Wiener Verkehrsbetriebe, auf der Strecke Stephansplatz - Floridsdorf, Am Spitz einen Autobusnachtverkehr in den Nächten vom Samstag zum Sonntag und vor Feiertagen einzurichten und gemäß der vorgeschlagenen Zoneneinteilung je Zone den Fahrpreis von 1 S einzuheben.

Die letzten vier Punkte der Tagesordnung betreffen die Übernahme von Privatleichenbestattungen durch die Städtische Bestattung. Nach den Ausführungen der Berichterstatter GRo. Fronauer (SPÖ) und Mazur (ÖVP) handelt es sich um die Firmen Karl Ketterer, Wien 19., Gatterburggasse 21, Heinrich Kramreiter, Wien 6., Gumpendorfer Straße 116, Heinrich Gebauer OHG., Wien 15., Goldschlagstraße 3, und Josef Krumpl, Wien 21., Stammersdorf, Hauptstraße 115. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

Eine dringliche Anfrage der GRo. Dr. Prutscher, Dr. Eberle und Genossen (ÖVP) wegen Errichtung von Krebsfürsorgestellen weist darauf hin, daß die seinerzeit gemachte Ankündigung, wonach sieben Krebsfürsorgestellen errichtet werden sollen, sowie ein weiterer Antrag der Volkspartei vom Dezember 1950 bisher noch immer nicht erledigt wurde. Die genannten Gemeinderäte stellen die Anfrage, welche Hindernisse einer Befassung des Gemeinderates mit dieser Frage entgegenstehen, und fordern eine sofortige Besprechung dieser Anfrage in der heutigen Gemeinderatssitzung.

In der Begründung der Dringlichkeit führt GR. Dr. Prutscher aus, daß es wohl kaum eine Familie in dieser Stadt gebe, die nicht in ihrem Verwandtenkreis ein Opfer dieser furchtbaren Krankheit zu beklagen hätte, das einem langsamen und qualvollen Sterben ausgeliefert ist. Die Sterblichkeit an Krebs hat die Tuberkulosesterblichkeit bereits überschritten und steht damit an erster Stelle. Die Berichte der ersten zwei Untersuchungsstellen haben gezeigt, daß 2 % der Untersuchten an Frühkrebs erkrankt waren, denen durch eine rasche Operation noch geholfen werden konnte. Der kürzlich in Wien stattgefundene internationale Kongreß habe den Weg, den wir einzuschlagen begonnen haben, bestätigt. Bei den Gesunden-Untersuchungsstellen sind fast 3.000 Personen vorgemerkt, so daß es fast dreiviertel Jahre dauert, bis diese Menschen auch untersucht werden können. (Beifall bei der Volkspartei).

Da für diesen Antrag auf sofortige Debatte nur die Gemeinderäte der ÖVP und des Linksblocks stimmen, ist er somit abgelehnt.

GR. Dr. Altmann (LBl.) beantragt, einem Antrag des Linksblocks auf wirksame Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Preis- und Tarifierhöhungen die Dringlichkeit zuzuerkennen. In diesem Antrag verlangt der Linksblock, daß sich der Wiener Gemeinderat an die Spitze des Protestes gegen die neue Teuerungswelle stellen und beschließen möge, daß er selbst keine weiteren Preiserhöhungen durchführen werde. Der Bürgermeister soll beauftragt werden, eine solche Erklärung namens des Gemeinderates abzugeben. (Lebhafte Zwischenrufe.) Stimmen Sie, ruft Dr. Altmann in den Saal, diesem Antrag zu und sagen Sie offen, was Sie beabsichtigen! Wenn Sie jedoch die Dringlichkeit dieses Antrages ablehnen, so geben Sie offen zum Ausdruck, was Sie planen! Diese Frage vertrage keinen Aufschub, sie müsse sofort behandelt werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit von allen Parteien mit Ausnahme des Linksblocks abgelehnt. (Gr. Lauscher: Die Einheit der Preistreiber! - Heftige Zwischenrufe.)

Schließlich liegt ein Antrag der GR. Ing. Keller und Ing. Pirker (parteilos, früher WdU) vor, die durch die Preissteigerungen hervorgerufene Verelendung und Beunruhigung der Arbeiter und Angestellten dadurch zu verhindern, daß die Löhne und Gehälter nach dem Prinzip der gleitenden Lohnskala laufend an die Lebenshaltungskosten angeglichen werden.

Wie GR. Ing. Keller hierzu ausführt, soll nach diesem Antrag am 1. eines jeden Monats vom Wirtschaftsforschungsinstitut im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsleitungen der Lebenskostenindex errechnet werden. Am 15. des Monats soll dann eine entsprechende Teuerungszulage an alle Arbeiter und Angestellten ausgezahlt werden. Diese gleitende Lohnskala hätte sich schon nach dem ersten Weltkrieg ausgezeichnet bewährt (Lebhafte Rufe: Wo?) und die Wirtschaft Österreichs in keiner Weise geschädigt. Die Aktion könne jedoch nur dann gelingen, wenn gleichzeitig der Notendruck der Nationalbank restlos eingestellt werde.

Auch diesem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

27. April 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 679

Unter den Geschäftsstücken, die vom Wiener Gemeinderat ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch jene über die Errichtung von 1212 neuen Gemeindewohnungen, die Wiederinstandsetzung der Radetzkybrücke über den Wienfluß nächst der Urania, die Errichtung eines städtischen Kinderfreibades auf dem Kardinal Nagl-Platz im 3. Bezirk sowie der Umbau des Kinderfreibades im Pezsl-Park im 17. Bezirk, in welchem gleichzeitig auch ein neues Umkleidegebäude für 500 Kinder errichtet wird.

Schluß der Sitzung um 17.30 Uhr.

Verkehrsstörung durch Achsbruch

=====

27. April (Rath.Korr.) Heute früh nach 6 Uhr ist in der Marchfeldstraße nächst dem Engelsplatz bei einem Beiwagen der Linie 231 die rechte Vorderachse gebrochen. Verletzt wurde niemand. Der Achsbruchwagen wurde von einer Rüstwagenmannschaft abgeschoben. Die Verkehrsstörung dauerte 56 Minuten. Während der Störung wurden die Züge der 31er-Linie über zwei Umkehrweichen fortgesetzt.

Friedrich Torberg las in den Städtischen Büchereien

27. April (Rath.Korr.) Friedrich Torberg, der erst vor kurzem aus Amerika zurückgekehrte Dichter, hat dieser Tage eine seiner ersten Vorlesungen auf Wiener Boden im Fortbildungslehrgang der Städtischen Büchereien gehalten. Dabei wurden einige Gedichte, zwei Kapitel aus dem erst jüngst erschienenen Roman "Die zweite Begegnung" und eine kurze Parodie auf Thomas Manns "Josephs-Roman" vorgetragen. Die Veranstaltung vermittelte den Bibliothekaren einen starken Eindruck vom Wesen dieses führenden österreichischen Autors.

Autobus-Nachtlinie nach Floridsdorf

27. April (Rath.Korr.) Ab Samstag, den 28. April, wird versuchsweise in den Nächten von Samstag auf Sonntag die Autobus-Nachtlinie F "Stephansplatz - Schwedenplatz - Taborstraße - Obere Augartenstraße - Wallensteinplatz - Jägerstraße - Marchfeldstraße - Friedrich Engels-Platz - Malinowskibrücke - Floridsdorfer Hauptstraße - Floridsdorf Am Spitz" in Betrieb genommen.

Der Fahrpreis pro Person und Teilstrecke beträgt 1 S, der Gepäckfahrchein mit oder ohne Umsteigen einheitlich 1 S.

	Autobus	
	Erster	Letzter
Vom Stephansplatz nach Floridsdorf		
Am Spitz	0'20 ^h	4'00 ^h
Von Floridsdorf Am Spitz nach Stephans-		
platz ...	0'30 ^h	3'20 ^h
Vom Friedrich Engels-Platz nach Stephans-		
platz ...	0'14 ^h	3'24 ^h

Die Abfahrtszeiten und die Teilstreckengrenzen dieser Autobus-Nachtlinie sind aus den Anschlägen in den Autobussen und Straßenbahnwagen zu erschen.